

Wahlprüfstein 5: Verbindliche Verfügungszeiten für Kita-Fachkräfte

- Werden Sie Verfügungszeiten nach fachlichen Empfehlungen zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Fachkräfte gesetzlich verankern?
- Werden Sie Verfügungszeiten für sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigenden gesetzlich verankern?
- Wie würden Sie Fortbildungszeiten besser verankern?

Partei	Verfügungszeiten für Vor- und Nachbereitung	Verfügungszeiten für Sprachbildung und Anleitung	Verankerung Fortbildungszeiten
CDU	Die CDU sieht mittelbare pädagogische Arbeitszeiten als unverzichtbar für gute pädagogische Arbeit an. Ohne ausreichend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Reflexion, Elterngespräche, Beobachtung und Dokumentation kann frühkindliche Bildung ihrem Anspruch nicht gerecht werden. Die CDU setzt sich dafür ein, dass mittelbare Arbeitszeiten gesetzlich verbindlich geregelt werden - nach fachlichen Empfehlungen und an der realen Arbeit orientiert. Ziel: Ein fester prozentualer Anteil der Arbeitszeit für mittelbare Aufgaben, der ausreichend bemessen, verbindlich gewährt und nicht für andere Aufgaben verwendet werden darf.	Die CDU will besondere Aufgaben auch besonders honorieren . Sprachförderkräfte brauchen eigene Zeit für sprachpädagogische Planung, Beobachtung und Austausch . Praxisanleitende leisten wichtige Arbeit für die Ausbildung, die über die normale pädagogische Tätigkeit hinausgeht. Die CDU spricht sich dafür aus, diese besonderen Verfügungszeiten gesetzlich zu verankern , damit Sprachförderung und Praxisanleitung professionell erfolgen können - zusätzlich zu den regulären Verfügungszeiten .	Die CDU will Fortbildung als festen Teil der Arbeitszeit etablieren. Konkret: verpflichtende jährliche Fortbildungstage (z.B. 5 Tage pro Jahr), die als Arbeitszeit gelten und vom Träger finanziert werden. Zusätzlich: Zugang zu hochwertigen, trägerübergreifenden Fortbildungsangeboten , die vom Land gefördert werden. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Fortbildung als Recht und Pflicht zugleich im Kita-Gesetz verankert wird - damit kontinuierliche Qualifikation Standard ist.
Die Grünen	Die Grünen sehen die Verankerung von Verfügungszeiten als wichtigen Hebel zur Qualitätsentwicklung an. Sie streben an, Kitas durch mehr Personal besser zu personalisieren und so mehr Verfügungszeiten zu ermöglichen .	Die Grünen haben mit dem neuen Kita-Gesetz bereits zeitliche Ressourcen für Sprachförderung und Anleitung geschaffen. Dazu gehört, dass Kitas Sprachbeauftragte benennen können, die mit Stunden aus dem Sozialraumbudget finanziert werden. Mit dem neuen Kita-Gesetz wird zudem die Zeit für Praxisanleitung erhöht. Darüber hinaus soll die künftige Qualitätsentwicklung durch einen paritätischen Beirat ausgestaltet werden.	Fortbildung wird bereits durch 1 % der zuwendungsfähigen Personalkostenzuwendung finanziert. Darüber hinaus soll die künftige Qualitätsentwicklung durch einen paritätischen Beirat ausgestaltet werden.
Die Linke	Die Linke fordert, mittelbare Arbeitszeiten verbindlich im Kita-Gesetz zu verankern . Konkret: mindestens 25-30 % der Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche, Beobachtung, Dokumentation, Reflexion. Diese Zeit muss geschützt sein - sie darf nicht für Vertretungsdienste oder organisatorische Aufgaben genutzt werden. Ohne diese Zeit ist professionelle pädagogische Arbeit nicht möglich . Langfristig muss das Ziel sein: wissenschaftlich fundierte Verfügungszeiten , die die Realität abbilden - nicht Minimalwerte, mit denen sich niemand wohlfühlt.	Die Linke ist klar dafür , Verfügungszeiten für Sprachbildung und Praxisanleitung gesetzlich zu verankern . Beide Aufgaben sind anspruchsvoll und brauchen eigene Zeit . Sprachförderkräfte brauchen Zeit für Planung, Beobachtung, Diagnostik und Austausch. Praxisanleitende brauchen Zeit für Gespräche, Reflexion, Hospitationen, Vorbereitung. Diese Zeit muss zusätzlich zur allgemeinen mittelbaren Arbeitszeit gewährt werden - als verbindlicher Anspruch .	Die Linke fordert, dass Fortbildung als Arbeitszeit anerkannt und vollständig freigestellt wird. Konkret: Mindestens 5 Fortbildungstage pro Jahr für alle pädagogischen Fachkräfte, finanziert durch das Land oder den Träger. Fortbildungen sollen kostenfrei sein. Themen: Inklusion, Sprachbildung, Kindeswohlgefährdung, Traumapädagogik, Digitalität. Fortbildung muss als Recht und Pflicht im Kita-Gesetz verankert werden - damit Qualifikation kontinuierlich bleibt.

FDP	Die FDP sieht mittelbare Arbeitszeit als zentrale Voraussetzung für pädagogische Qualität . Fachkräfte brauchen Zeit, um pädagogische Prozesse zu planen, zu reflektieren und weiterzuentwickeln . Die FDP spricht sich dafür aus, dass mittelbare Arbeitszeiten realistisch bemessen werden - nach fachlichen Empfehlungen und im Verhältnis zur unmittelbaren Arbeit mit den Kindern. Die konkrete Ausgestaltung sollte praxisnah und flexibel erfolgen - Einrichtungen sind unterschiedlich, Konzepte sind unterschiedlich. Entscheidend ist, dass Fachkräfte verlässlich Zeit haben, ihre Arbeit gut vorzubereiten und nachzubereiten .	Die FDP erkennt an, dass besondere pädagogische Aufgaben besondere Zeit brauchen. Sprachbildung und Praxisanleitung sind zentrale Qualitätsfelder , die nicht nebenbei erledigt werden können. Die FDP befürwortet, dass für diese Aufgaben zusätzliche Zeit zur Verfügung steht - wie genau diese geregelt wird (gesetzlich oder trägervertraglich), kann flexibel gestaltet werden. Wichtig ist, dass Fachkräfte, die Sprachförderung oder Praxisanleitung übernehmen , dafür wirklich entlastet werden und nicht zusätzlich belastet.	Die FDP sieht Fortbildung als Selbstverständlichkeit in einem professionellen Bildungssystem. Fachkräfte haben ein Recht auf Weiterqualifikation - und Kinder haben ein Recht darauf, von gut qualifizierten Fachkräften betreut zu werden. Die FDP spricht sich dafür aus, dass Fortbildung als Arbeitszeit anerkannt wird und nicht in die Freizeit fällt. Wichtig ist zudem ein breites, hochwertiges Fortbildungsangebot , das Fachkräfte in ihrer Arbeit wirklich unterstützt - nicht nur formale Pflichtveranstaltungen.
Freie Wähler	Die Freien Wähler allein können gesetzlich gar nichts verankern . Dazu gibt es Gremien und am Ende Mehrheitsentscheidungen im Landtag . Deswegen können ist es wenig sinnvoll, große Ankündigungen zu machen. Was die Freien Wähler jedoch tun können, ist, sich mit Vertretern der Erzieher an einen Tisch zu setzen, um gegebenenfalls parlamentarische Initiativen zu starten. Grundsätzlich ist es so, dass mittelbare Arbeitszeiten berücksichtigt werden müssen und ggf. zumindest eine pauschale Stundenzahl berücksichtigt werden muss. Es kann aus Sicht der Freien Wähler nicht sein, dass sich aus Lücken in der Gesetzgebung de facto eine Überstundenpflicht gibt.	Die Freien Wähler stehen für eine Förderung der Sprachkompetenz in Kitas und Schulen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen haben dafür gesorgt, dass aktuell einiges im Argen liegt . Deswegen sind die Freien Wähler grundsätzlich für eine gesetzliche Regelung der Details offen . Es kann aber nicht sein, dass über detaillierte gesetzliche Regelung ein weiteres Bürokratiemonster geschaffen wird, das für Kitas und Schulen neue unerfüllbare Verpflichtungen aufbaut. Die Freien Wähler meinen auch, dass Quereinsteiger, die sich in der Sprachförderung engagieren wollen, direkt am individuellen Bedarf der Kitas eingeführt werden sollten. Da reicht ein kleiner Leitfaden , wir brauchen dazu kein Gesetz .	Grundsätzlich sind Fortbildungszeiten als Dienstzeit zu behandeln. Zudem gibt es noch das Bildungsfreistellungsgesetz Rheinland-Pfalz . Die Freien Wähler sehen deshalb keinen Handlungsbedarf , eine Gesetzesinitiative zu starten. Die Freien Wähler stehen für Bürokratieabbau, nicht für Gesetze , die die Praxis blockieren. Die Forderung, Mitarbeitern darüber hinaus weitere Spielräume zu geben, ist angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Realitäten in Deutschland unrealistisch .
SPD	Die SPD bekennt sich zu einem qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangebot in RLP-Kitas und verweist mit der Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen auf eine geltende Empfehlung von 25 % der Personalstunden für mittelbare pädagogische Arbeit. Schon jetzt ist es so, dass die Träger mit der Personalkostenzuwendung viel freien Gestaltungsspielraum haben.	Mit dem neuen Kita-Gesetz wurden die Stundendeputate für Praxisanleitungen schon deutlich erhöht, um genau diesen Herausforderungen zu begegnen. Mit Blick auf die Sprachförderung sind Kitas frei, hierfür Mittel aus den Zuwendungen oder dem Sozialraumbudget zu verwenden. Mit Blick auf den aktuellen Fachkräftemangel hält es die SPD nicht für zielführend , in diesem Bereich weitere gesetzliche Verpflichtungen zu schaffen.	Das Land RLP stellt für Fortbildung 1 % der zuwendungsfähigen Personalkosten zur Verfügung. Die SPD wird das bedarfsorientiert weiterentwickeln .
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei fordert verbindliche Verfügungszeiten von mindestens 25-30 % der Arbeitszeit , die gesetzlich verankert werden, damit Fachkräfte Zeit für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Elterngespräche und Reflexion haben - geschützt vor anderen Aufgaben .	Die Tierschutzpartei befürwortet die gesetzliche Verankerung zusätzlicher Verfügungszeiten für Sprachbildung und Praxisanleitung. Sprachförderkräfte brauchen Zeit für Planung und Diagnostik, Praxisanleitende für Gespräche, Hospitationen und Vorbereitung - zusätzlich zur allgemeinen Verfügungszeit .	Fortbildung muss als Arbeitszeit anerkannt und vollständig freigestellt werden. Die Tierschutzpartei fordert mindestens 5 Fortbildungstage pro Jahr , die kostenfrei und vom Land finanziert sind. Fortbildung soll als Recht und Pflicht im Kita-Gesetz verankert werden, damit Qualifikation kontinuierlich bleibt.

Volt	Volt fordert verbindliche Verfügungszeiten von mindestens 30 % der Arbeitszeit, die im Kita-Gesetz fest verankert werden. Diese Zeit muss geschützt sein - nicht für Vertretung oder andere Aufgaben nutzbar. Nur so können Fachkräfte pädagogische Qualität sichern: Beobachtung, Dokumentation, Planung, Reflexion, Elterngespräche, Konzeptarbeit. Ohne mittelbare Arbeitszeit keine professionelle Pädagogik.	Volt spricht sich klar dafür aus, Verfügungszeiten für Sprachbildung und Praxisanleitung gesetzlich zu verankern. Diese Aufgaben sind hochspezialisiert und brauchen eigene Zeit. Sprachförderkräfte brauchen Zeit für individuelle Förderplanung, Diagnostik, Materialentwicklung, Austausch mit Eltern. Praxisanleitende brauchen Zeit für Gespräche, Reflexion, Hospitationen, Feedback. Diese Zeit muss zusätzlich zur allgemeinen Verfügungszeit gewährt werden - als verbindlicher Anspruch.	Volt fordert, dass Fortbildung als selbstverständlicher Teil der Arbeitszeit anerkannt wird. Konkret: Mindestens 5 Fortbildungstage pro Jahr für alle pädagogischen Fachkräfte, finanziert durch Land oder Träger. Fortbildungen sollen kostenfrei und während der Arbeitszeit stattfinden. Themen: Inklusion, Digitalisierung, Sprachbildung, Traumapädagogik, Kinderschutz. Fortbildung muss als Recht und Pflicht im Kita-Gesetz verankert werden.
-------------	---	---	---